

Antrag

der Abgeordneten Sören Pellmann, Dr. Dietmar Bartsch, Matthias W. Birkwald, Dr. Gesine Löttsch, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Christian Görke, Dr. Gregor Gysi, Dr. André Hahn, Klaus Ernst, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Ina Latendorf, Caren Lay, Ralph Lenkert, Christian Leye, Thomas Lutze, Petra Pau, Victor Perli, Martina Renner, Bernd Riexinger, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

32 Jahre Deutsche Einheit – Schutzschirm gegen Inflation und Armut spannen, Lohn- und Renteneinheit herstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung steuert das Land auf eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe zu. 32 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der soziale Frieden in Gefahr. Die soziale Einheit ist so brüchig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Inflation liegt auf Rekordniveau. Viele Menschen verzweifeln an den Preisen für Lebensmittel und Energie. Die Bundesregierung treibt mit Gasumlagen die Preise zusätzlich nach oben. Ein Rentnerhepaar aus Leipzig soll ab Oktober 943 Euro statt 140 Euro im Monat für Gas bezahlen (Leipziger Volkszeitung, 30.8.22). Das sind keine Einzelfälle, das betrifft Millionen. Da die Entlastungspakete die Mehrkosten von Gering- und Normalverdienern nicht ansatzweise ausgleichen, wird in diesem Winter eine Armutlawine über Deutschland rollen. Dazu droht eine historische Pleitewelle bei kleinen und mittleren Betrieben, insbesondere in Ostdeutschland.

Bürgerinnen und Bürger ostdeutscher Bundesländer sind aufgrund geringerer Löhne und Alterseinkommen besonders von der aktuellen Entwicklung betroffen. Die Verteuerungen können den Angleichungsprozess zwischen Ost und West um Jahre zurückwerfen. Millionen Menschen in Deutschland können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Die Bundesregierung muss die Energiepreise deckeln, wie es andere EU-Staaten längst getan haben, und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen mit Direktzahlungen deutlich mehr entlasten als bisher geschehen. Wir brauchen einen Schutzschirm gegen die Inflation, um Einheit und Zusammenhalt im Land zu sichern.

Das kommende Ölembargo gegen Russland wird die ostdeutschen Bundesländer im Winter voraussichtlich weitaus stärker treffen als die westdeutschen. Es droht unter anderem ein weiterer Anstieg der Spritpreise, die laut EU-Kommission

schon die zweithöchsten in Europa sind. Dies belastet besonders Menschen im ländlichen Raum, die auf das Auto angewiesen sind.

Laut Statistischem Bundesamt ist die Lohnkluft zwischen Ost und West zuletzt wieder angewachsen. Vollzeitbeschäftigte verdienen in den neuen Ländern durchschnittlich rund 12.200 Euro brutto im Jahr weniger, wofür sie auch noch länger arbeiten müssen. In allen ostdeutschen Bundesländern sind die Löhne im Durchschnitt deutlich niedriger als in allen westdeutschen Bundesländern. Die Wirtschaftskraft liegt in den neuen Ländern laut Antwort des Bundeskanzleramtes auf eine schriftliche Frage aus der Fraktion DIE LINKE. (SF 535, September 2022) um 23 Prozent niedriger als in den alten Ländern. In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich diese Angleichungsquote lediglich um neun Prozentpunkte verbessert. Setzt sich dieses Tempo fort, braucht es noch ein halbes Jahrhundert bis gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland erreicht sind.

Bei Rentnerinnen und Rentner, die mindestens 40 Versicherungsjahre aufweisen können, liegt die gesetzliche Rente laut Antwort des Arbeitsministeriums auf eine schriftliche Frage aus der Fraktion DIE LINKE. (SF 464, März 2022) im Westen bei 1428 Euro und im Osten bei 1252 Euro. Das sind sowohl in Ost als auch in West deutlich zu niedrige Renten für ein komplettes Arbeitsleben. Das hat mit Anerkennung der Lebensleistung wenig zu tun. In Ostdeutschland liegen diese Renten damit um rund 13 Prozent niedriger. Der Hälfte der Beschäftigten in Ostdeutschland droht (SF 48, Dezember 2021) beim aktuellen Rentenniveau nach 45 Jahren durchgehender Vollzeitarbeit eine Rente von unter 1200 Euro netto. Ein massiver Anstieg der Altersarmut insbesondere in Ostdeutschland ist für die kommenden Jahre vorprogrammiert.

Die Überleitung der vielfältigen Formen von Renten aus dem Versicherungssystem der DDR in das bundesdeutsche Recht war eine komplexe Aufgabe. Die dabei gemachten Fehler müssen endlich behoben werden. Eine Vielzahl an Rentenansprüchen aus der DDR wurde damals gestrichen oder gekürzt. Viele Gruppen sind betroffen: die in der DDR geschiedenen Frauen, Bergleute der Braunkohleveredlung, Krankenschwestern, Tänzerinnen und Tänzer, Angestellte bei der Post oder der Eisenbahn und andere mehr. Sogar die aus der DDR Geflohenen und Ausgezeiten wurden nach der Wiedervereinigung wieder nachträglich zu Ostdeutschen im Rentenrecht. Viele der Betroffenen haben nie aufgehört, ihre Rentenansprüche einzufordern. 32 Jahre nach der Einheit muss die Bundesregierung endlich für Gerechtigkeit sorgen und in Abstimmung mit den Ländern eine großzügige Lösung der Entschädigung finden.

Vier von 111 Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter der Bundesministerien stammen laut einer Antwort des Innenministeriums auf eine Frage aus der Fraktion DIE LINKE. (SF 141, Januar 2022) aus den neuen Bundesländern. Auf der Ebene der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sieht es nicht besser aus. Keine Bundesbehörde in Ostdeutschland wird von einem Ostdeutschen oder einer Ostdeutschen geleitet. Die Vertretung der Ostdeutschen ist unter der aktuellen Bundesregierung auf einem Tiefpunkt angekommen. Artikel 36 des Grundgesetzes verlangt, dass Beamten-Stellen bei obersten Bundesbehörden an Personal aus allen Bundesländern „in angemessenem Verhältnis“ vergeben werden sollen. Das ist erkennbar nicht der Fall. Ähnlich ist es bei der Verteilung von Bundesunternehmen. Nur sieben von 116 Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, haben ihren Sitz in Ostdeutschland. Es geht nicht um eine Extrawurst für den Osten, sondern wir brauchen endlich föderale Fairness in der Personalpolitik des Bundes und bei der Ansiedlung von Bundesbehörden und Bundesunternehmen.

Die Bundesregierung sollte den Verfassungsgrundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost wie West als vordringliche Aufgabe für Politik und Gesellschaft

begreifen. 32 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es an der Zeit, die verschiedenen ostdeutschen Perspektiven anzuerkennen, was dauerhafte Deindustrialisierung, Niedriglohnpolitik, kulturelle Ignoranz und Abwanderung für jede Region und ihre Menschen bedeuten können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die folgenden Maßnahmen umsetzt:

1. Es wird ein Schutzschirm gegen Inflation und Armut gespannt, der ein Sofortprogramm beinhaltet, aus dem alle Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen ein Jahr lang monatlich 125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied erhalten.
2. Es wird ein Preisdeckel für ein Grundkontingent an Gas und Strom für Privathaushalte eingeführt, die Gasumlage wird zurückgenommen und Strom- und Gassperren werden verboten.
3. Wie in anderen EU-Staaten wird eine Übergewinnsteuer auf die Milliardenprofite der Energiekonzerne eingeführt, mit der bis zu 100 Milliarden Euro im Jahr eingenommen werden können.
4. Es wird ein Rettungsfonds für Unternehmen eingerichtet, der – ähnlich wie in der Corona-Krise – Insolvenzen aufgrund der hohen Energiepreise verhindert.
5. Es werden Grundlagen für das Bundeskartellamt geschaffen, gegen überhöhte Spritpreise und die Bereicherung der Mineralölkonzerne auf Kosten der Pendlerinnen und Pendler vorgehen zu können.
6. Es werden die Voraussetzungen für gleiche Löhne und Gehälter in Ost und West – und damit die Lohninheit – geschaffen, indem der gesetzliche Mindestlohn zügig über 12 Euro hinaus angehoben wird, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen verboten werden, eine erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen gesetzlich geregelt wird sowie die Gewerkschaften – unter Beachtung der Tarifautonomie – dabei unterstützt werden, Tarifverträge abzuschließen, mit denen immer noch bestehende pauschale Differenzierungen nach Ost und West aufgehoben werden.
7. Die gesetzliche Rente wird in die Lage versetzt, den Lebensstandard zu sichern und vor Armut im Alter zu schützen. Für die Ostdeutschen ist die Abschaffung der Umrechnung ihrer flächendeckend durchschnittlich niedrigeren Löhne zu stoppen, um die Rentenungleichheit zwischen Ost und West nicht neu zu vertiefen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. 32 Jahre nach der Einheit die Rentenlücken endlich zu schließen, die Renteneinheit herzustellen, und für das Rentenüberleitungsgesetz sowie Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz geeignete Regelungen vorzulegen, die alle in der DDR erworbenen Ansprüche gerecht anerkennen. Alternativ kann in Absprache mit den Betroffenen bzw. deren Organisationen ein Härtefallfonds das Unrecht für viele benachteiligte Gruppen beenden, wenn er einen angemessenen finanziellen Ausgleich aus Bundesmitteln unabhängig vom Einkommen umfasst;
2. den Strukturwandel in der Energiewirtschaft wirksam zu begleiten und Regelungsvorschläge vorzulegen, um für die Beschäftigten in der Kohleindustrie eine Einkommens- und Beschäftigungsgarantie zu verankern und eine sozial-ökologische Verwendung der Strukturwandelgelder abzusichern;

3. darauf hinzuwirken, dass es zu einer gerechten Vertretung in Führungs-funktionen von Politik, Justiz, Wissenschaft und Medien kommt. Als Vorbild soll die Bundesregierung einen Regelungsvorschlag vorlegen, der den in Artikel 36 Satz 1 des Grundgesetzes verlangten Länderproporz für Bundesbeamte aus allen Bundesländern wirksam umsetzt und auf Angestellte des Bundes überträgt.

Berlin, den 27. September 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion